

Empfehlungen zum Umgang der KLJB mit der AfD

Nach der Landtagswahl in Bayern am 14.10.2018 haben wir eine Fraktion der AfD im Landtag. Wir nehmen es als sehr problematisch wahr, dass diese Partei zum Rechtsextremismus keine Grenze ziehen will und sich im weiten „Graubereich“ zwischen rechtskonservativ und rechtsextrem-antidemokratisch bewegt.

Das fordert auch uns als katholischen Jugendverband heraus, weil wir seit Jahren für Demokratie und Toleranz eintreten und uns in vielerlei Form dafür einsetzen, dass Rechtsextremismus, Hass und Menschenfeindlichkeit keine Chance haben.

Wir orientieren uns an den Empfehlungen des BDKJ-Bundesvorstands zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien und Organisationen von 2017:

„Wo Haltungen vertreten werden, die unserem Verständnis einer pluralistischen und vielfältigen Gesellschaft widersprechen und die demokratischen Strukturen und das Grundgesetz nicht achten, gibt es keine gemeinsame Gesprächsgrundlage für eine lebendige, offene und demokratische Gesellschaft. Diese können keine Partnerinnen bei der Gestaltung dessen sein, was sie ablehnen und vernichten wollen.“¹

Demnach schließt unser Selbstverständnis als katholischer Jugendverband eine Gleichgültigkeit gegenüber oder gar eine Sympathie mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Positionen in jeder Hinsicht aus.

¹ [https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/newsletter/2017/2017_47/BDKJ - Handlungsempfehlungen_AfD.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/newsletter/2017/2017_47/BDKJ_-_Handlungsempfehlungen_AfD.pdf)

Konkret bedeutet das für die KLJB Bayern:

Klare Distanz zur AfD bei Veranstaltungen

- Wir nehmen nicht an Veranstaltungen der AfD teil. Wir stehen klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein, deshalb ist die AfD keine Partnerin für uns. Eine Einladung von einzelnen Parteifunktionärinnen oder -funktionären und der Partei als Ganzes kann z.B. mit dem Argument abgelehnt werden, dass es keine gemeinsame Wertebasis gibt, auf der man sich unterhält.
- Wir prüfen in jedem Einzelfall die Teilnahme an Veranstaltungen Dritter, an denen die AfD und ihr nahestehende Organisationen beteiligt sind. Es geht nicht darum, einer inhaltlichen Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Die Argumentationsmuster der AfD sowie die Art und Weise ihres öffentlichen Auftretens lassen eine ernsthafte politische Diskussion meist nicht zu. Klar muss aber auch sein: je öffentlicher die Debatte, umso wichtiger ist es als demokratischer Verband dort vertreten zu sein. Ziel ist es nicht, Gesprächspartnerinnen und -partner, sondern eventuell unentschiedene Zuhörerinnen und Zuhörer zu überzeugen. Wir nutzen daher im Einzelfall die Gelegenheit, um den Positionen der AfD zu widersprechen.
- Um der AfD in diesen Einzelfällen entgegen treten zu können, bereiten wir uns gut vor, denn es gibt bei dieser Partei etliche geschulte Rhetorikerinnen und Rhetoriker. Gerade in ihren Kernthemen können sie inhaltlich sehr geschickt sein. Und sie pflegen eine eher destruktive Gesprächsstrategie mit Anklagen und Skandalisierungen.

Klare Distanz in der politischen Vertretungsarbeit der KLJB

- Diejenigen, die den Grundsätzen unserer demokratischen Gesellschaft widersprechen, erhalten von uns keine (jugend)politischen Informationen, denn wir wollen sie nicht stärker machen.
- Wir werden nur die notwendigste parlamentarische Kommunikation durchführen, wenn deren Vertreterinnen und Vertreter in parlamentarischen Funktionen wie Ausschüssen sind und uns etwa in Anhörungen befragen.

- Wir setzen uns mit der AfD-Fraktion im Parlament auseinander, wenn sie Positionen zu jugendpolitischen Fragen oder Fragen der Jugendverbandsarbeit einnehmen, werten diese aber nicht durch eigene Öffentlichkeitsarbeit auf.
- Wir lassen uns durch Angriffe in Parlamenten, z.B. über den Missbrauch parlamentarischer Anfragen hinsichtlich der Förderung von Projekten demokratischer Bildungsarbeit oder einzelnen Jugendverbänden, nicht einschüchtern. Wir appellieren an Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien, sich ebenfalls solidarisch mit den Betroffenen zu zeigen und eine klare, gemeinsame Haltung gegenüber der AfD einzunehmen.

Klare Distanz in der täglichen Jugendarbeit und politischen Bildung

- Haltung zeigen und bewahren: Wir stehen zu den Positionen und Haltungen, die beschlossen wurden und kommunizieren diese klar nach außen. Für uns ist die AfD eine Partei, die mit menschenverachtenden und populistischen Sprüchen wirbt. Das passt nicht zu den Zielen und Grundsätzen der KLJB. Deshalb werden wir der AfD keine Bühne für ihre menschenverachtenden Positionen bieten und keine Einladungen zu Veranstaltungen aussprechen.
- Wir machen bei unseren eigenen Veranstaltungen vom Hausrecht Gebrauch. Das Hausrecht ermöglicht, bestimmte Personen oder Personenkreise bereits in der Einladung zur Veranstaltung nach § 6 Versammlungsgesetz (VersG) von der Teilnahme auszuschließen (siehe dazu auch Neutralitätsgebot). Teilnehmende, welche die Veranstaltung durch rassistische Äußerungen „gröblich stören“, können nach § 11 VersG durch die Veranstaltungsleitung ausgeschlossen werden.
- Wir entwickeln unsere Konzepte für politische Bildung weiter und stärken die Akteurinnen und Akteure, die sich inhaltlich kritisch mit der AfD und allen zum Rechtsextremismus hin offenen Organisationen auseinandersetzen und Hilfestellung geben.²

² z.B. Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, Bündnisse für Demokratie und Toleranz, Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder Amadeo-Antonio-Stiftung.

Klar für Demokratie, Vielfalt und Toleranz, denn wir sind Christinnen und Christen!

Wir zeigen als KLJB jeden Tag und an jedem Ort unsere Haltung für Demokratie, Vielfalt, Toleranz und die unantastbare Würde aller Menschen. Wir ermutigen unsere Gliederungen, sich als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft aktiv und offen gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus zu positionieren, sich mit ihrer Stimme an Kundgebungen und Aktionen zu beteiligen und dort als Christinnen und Christen für eine vielfältige, solidarische und offene Gesellschaft einzutreten.